

BESCHLOSSENES PROTOKOLL ZUR 24. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 13.9.2010
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 21:55 Uhr
Ort: Wasser und Schifffahrtsamt / WSA Berlin
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokollantin: Claudia Schelp
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Was gibt es Neues / Berichtenswertes?
 - 3.1 Bauwerksinspektion (BWI) in der WSV und am Landwehrkanal
 - 3.2 Stand der Dinge am Berlin-Spandauer-Schifffahrtskanal (BSK)
4. Bundesanstalt für Wasserbau (BAW): Oberflächenwassermodell für den Landwehrkanal
5. Bericht des WSA Berlin:
 - 5.1 Maybachufer/ Kottbusser Brücke: Abnahme der Baustelle am 2.9.2010
 - 5.2 Auswertung Teststrecke
 - 5.3 Baumkataster für die Instandsetzung
 - 5.4 Bestandserfassung und –bewertung (Scoping)
 - 5.5 Vorbereitung Winterbaumaßnahmen 2010/2011
 - 5.5.1 Corneliusstraße
 - 5.5.2 Lohmühlenabschnitt
 - 5.6 Pilot 370 m (+50 m) Mauerwerk
6. Kommunikation mit dem BMVBS
7. Verschiedenes
8. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zur 24. Forumssitzung. Als Gast begrüßten sie Herrn Willamowski von der Bundesanstalt für Wasserbau (BAW). Wie in einer der voran gegangenen Forumssitzungen verabredet, stellte er auf dieser Sitzung das Oberflächenwassermodell für den Landwehrkanal vor.

Folgende Personen hatten sich entschuldigt, dass sie an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könnten: Frau Mangold-Zatti, Herr Loch, Herr Lücking.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Die Mediatoren schlugen vor, die Protokollbeschlüsse der Forumssitzungen künftig im Umlaufverfahren per Email zu erwirken. Das habe sich für die Arbeitsgruppensitzungen und auch bereits bei einzelnen Forumssitzungen bewährt und würde die gemeinsame Sitzungszeit entlasten. Sollte es doch Rücksprachebedarf zu einzelnen Protokollen geben, sei dies dennoch jederzeit möglich, diesen in das Forum einzubringen. Die Teilnehmer/innen stimmten dem Vorschlag einvernehmlich zu.

Zur Tagesordnung wurden folgende Hinweise, Anmerkungen und Vorschläge gemacht:

- Das WSA bat darum, den Vortrag von Herrn Willamowski zum Oberflächenwassermodell vor den Bericht des WSA in der Tagesordnung zu platzieren.
- Herr Appel bat darum, den Punkt „Bericht über Stand der Dinge am Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal (BSK)“ in die Tagesordnung aufzunehmen. Herr Scholz sagte zu, darüber kurz im Forum berichten zu können, die Sitzung allerdings auch um 19.00 Uhr etwa verlassen zu müssen. Die beiden Tagesordnungspunkte „Bauwerksinspektion“ und „Stand der Dinge am Berlin-Spandauer-Schifffahrtskanal (BSK)“ müssten deshalb vorgezogen werden.
- Herr Appel wies darauf hin, dass es einen neuen Erlass des BMVBS zur Ökologischen Durchgängigkeit gebe und schlug vor, diesen in die Tagesordnung aufzunehmen¹.
- Frau Kleimeier ergänzte, dass aus dem letzten Forumsprotokoll hervorginge, dass für den Lohmühlenabschnitt noch keine Primärsanierungsmethode ausgewählt und beschlossen sei. Dies sollte aus Ihrer Sicht in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen und besprochen werden.

Alle genannten Punkte wurden in die Tagesordnung aufgenommen (s.o.).

Frau Guttzeit erklärte, dass ihr wichtig sei, heute über den Stand zur Konzeption zum Entwurf-HU (Haushaltsunterlage) unterrichtet zu werden, da diese auch in dem Bericht der Berliner Abendschau zum Festakt am Maybachufer am 2.9.2010 erwähnt worden sei. Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass die Konzeption zur HU innerhalb des Tagesordnungspunktes „Bericht des WSA Berlin“ vorgesehen sei.

3. Informationen: Was gibt es Neues / Berichtenswertes?

3.1. Bauwerksinspektionen (BWI) in der WSV und am Landwehrkanal

Herr Scholz und Herr Hädicke erläuterten anhand einer PP-Präsentation die „Bauwerksinspektionen in der WSV und am Landwehrkanal“².

Herr Scholz erklärte eingangs, dass der Gesetzgeber per Erlass zwischen „Sicherheit von Leib und Leben“ und „polizeilicher Sicherheit“ unterscheide. Im Rahmen der Bauwerksinspektion am Landwehrkanal habe ein Mitarbeiter des WSA eine Stellungnahme verfasst, die eventuell auch einigen Forumsteilnehmer/innen bekannt sein könnte. Um einer möglichen Verwirrung vorzubeugen, wolle er unter Bezugnahme darauf kurz Stellung nehmen. Er zitier-

¹ Der Erlass wurde dem Forum zwischenzeitlich von Herrn Appel über die Mediatoren per Email bereitgestellt.

² Die PP-Präsentation ist auf der Homepage des Verfahrens www.landwehrkanal-berlin.de unter „Texte und Materialien“ bereitgestellt.

te aus der Stellungnahme: „Es muss damit gerechnet werden, dass die Schäden ohne Vorankündigung eintreten. Die Schäden können verschiedenartig sein, vom kompletten Versagen der Wand bis zu landseitigen Absackungen etc.“ Diese Stellungnahme sei teilweise vorläufig und teilweise noch fehlerhaft. Der Fehler liege insbesondere darin, dass zuerst auf die „Sicherheit für Leib und Leben“ abgezielt worden sei. Richtig sei hingegen, dass zuerst die „polizeiliche Sicherheit“ betrachtet werde. Nur bei Veränderung der „polizeilichen Sicherheit“ würden mögliche Auswirkungen für „Sicherheit für Leib und Leben“ betrachtet.

Auf Basis der Stellungnahme sei folgendes Vorgehen vorgeschlagen, mit dem er, Herr Scholz, ganz überein stimme:

- Stangenpeilung,
- Visuelle BWI mit Verortung der Schäden bzw. Entwicklung dieser, anhand eines 5-Meter-Rasters,
- Bereisung im Rahmen des Drei-Säulen-Modells,
- Jährliche Taucheruntersuchung im Rahmen der BWI.

Der interne Vermerk mit den entsprechenden Schlussfolgerungen werde im WSA in den zuständigen Sachbereich 2 zur Weiterbearbeitung weitergeleitet und nicht von der AG Landwehrkanal bearbeitet.

Herr Scholz erläuterte den Forumsteilnehmer/innen, dass Herr Dohna zwischenzeitlich eine Anfrage zur BWI an das WSA gestellt habe. WSA und WSD-Ost nähmen diese zum Anlass, dem Forum in dieser Sitzung einige grundsätzliche Erläuterungen zur BWI zu geben. Da es sich um eine Informationsgrundlage handle, die auch auf die Homepage des Verfahrens gestellt werden solle und damit auch der Information der Öffentlichkeit diene, bat er vorab darum zu entschuldigen, dass die Präsentation aus Sicht der Forumsteilnehmer/innen auch einige Selbstverständlichkeiten enthalte. Zum Einstieg in die Thematik wies er darauf hin, dass die Richtlinie zur Bauwerksinspektion sich geändert habe: Bisher habe es eine Klassifizierung von „0“ bis „4“ gegeben, wobei die „0“ für unbedenklich gestanden habe und die „4“ für den höchsten Schädigungsgrad. Diese alte Einteilung sei noch für eine Übergangszeit bis zum 1. April 2011 gültig. Seit Sommer 2010 gebe es einen neuen Erlass des BMVBS mit einer neuen Klassifizierung von „1“ bis „4“.

Herr Scholz erläuterte die Schadensklassifizierung nach MSV 2010 (siehe PP-Präsentation). Derzeit liefe die Auswertung der 2010 im Landwehrkanal durchgeführten Taucheruntersuchungen. Der Landwehrkanal sei nach alten Schadensklassen größtenteils der Schadensklasse „3“ zuzuordnen, punktuell auch der Schadensklasse „4“. Derzeit sei alles kartiert. Erst, wenn im Rahmen der Bauwerksinspektion eine Veränderung auffalle, werde die Klassifizierung ggf. von Schadensklasse „3“ in Schadensklasse „4“ verschoben - dann müsse das WSA sofort tätig werden: Bei „Gefahr für Leib und Leben“ würde landseitig abgesperrt; eine mögliche Sperrung des Kanals für die Schifffahrt würde erst im äußersten Notfall erfolgen. Bei der Entscheidung darüber stehe dem WSA ein Ermessensspielraum zur Verfügung.

Die Mediatoren fragten die Teilnehmer/innen, ob es bis dahin Verständnisfragen gebe. Auf die Frage aus dem Forum, warum der Landwehrkanal eine untergeordnete Wasserstraße sei erläuterte Herr Scholz, dass auf dem Landwehrkanal zwar allein mit der Personenschifffahrt über 30 Mio. Euro im Jahr verdient würden, dass es aber auch - als am Potsdamer Platz Güterschifffahrt zugelassen worden sei – zu einer deutlichen Überforderung des Kanals gekommen sei. Rückblickend sei es Glück gewesen, dass bei dem Schadenseintritt am Maybachufer keine Personen zu Schaden gekommen seien. Er räumte ein, dass die Statik der Bäume damals falsch eingeschätzt worden sei und bat um Verständnis, dass das alles für das WSA damals völlig neu gewesen sei. Die Einordnung der Wasserstraßen erfolge nach der Geometrie, nicht nach deren wirtschaftlicher Bedeutung. Das WSA habe bereits strategisch reagiert, indem die Schiffe, die den Landwehrkanal befahren dürften, nach Länge und Tiefe (Abladetiefe 1,40 m) beschränkt worden seien, die Nutzung von einer Zweischiffigkeit auf eine Einschiffigkeit reduziert und die Geschwindigkeit auf maximal 6 km/h begrenzt worden sei. Sobald erneut eine Situation entstünde, die weiteres Handeln erfordere, werde das WSA zusätzliche einschränkende Maßnahmen ergreifen. Zur Erhöhung der Sicherheit plane

er, den ABZ (Außenbezirk) anzuweisen, häufiger als alle 14 Tage eine Befahrung des Landwehrkanals zur visuellen Kontrolle durchzuführen.

Herr Hädicke schloss an den Vortrag von Herrn Scholz an und erläuterte weitere Grundsätze der Bauwerksinspektion: Die Verwaltungsvorschrift "Bauwerksinspektion" umfasste in der bisherigen Fassung alle künstlichen Bauwerke (Schleusen, Wehre, Düker usw.), jedoch nicht die Uferbauwerke. Diese unterlagen bisher einer anderen Verwaltungsvorschrift. Mit Fortschreibung der Verwaltungsvorschrift "Bauwerksinspektion" und Einführung dieser zum März 2009, fallen die Ufer unter die Regelungen der Bauwerksinspektion. Er erläuterte den Umfang der Bauwerksinspektion, die Differenzierung nach "Laufender Beobachtung", "Bauwerksbesichtigung", "Bauwerksüberwachung" und "Bauwerksprüfung" entsprechend den Kriterien zur Einteilung der Ufer in die Kategorien A, B und 0. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass das Thema "BWI-Ufer" im Hinblick auf die neue Kategorisierung und dementsprechenden Beobachtungsintervallen nicht nur für den Landwehrkanal im Besonderen, sondern bundesweit für alle Ufer in der Zuständigkeit der WSV im Allgemeinen, relevant ist (siehe Präsentation). Spätestens alle 6 Jahre sei die Durchführung einer Bauwerksprüfung vorgeschrieben. Der neue Erlass des BMVBS sei am 1. März 2009 eingeführt worden.

Frau Kleimeier erkundigte sich, ob es auch ein Szenario gebe für Schadensfälle ohne „Vorankündigung“, z.B. den Einsturz einer Ufermauer. Sie nehme an, dass der Kanal aus wirtschaftlichen Gründen nicht stillgelegt werde, da es sich mit der Fahrgastschifffahrt, wie von Herrn Scholz soeben dargelegt, um einen Gewerbebetrieb handle, der Umsätze in der Größenordnung von 35-40 Mio. Euro im Jahr mache. Sie befürchte, dass das Ministerium BMVBS bei einem solchen möglicherweise eintretenden Schaden die Vereinbarungen der Mediation ignorieren könnte, indem es das WSA auffordern würde, so schnell wie möglich zu handeln. Sie sprach sich dagegen aus, die Planung für die Sanierung jetzt zu stoppen bzw. damit inne zu halten, wie von Frau Dr. Ernst vorgeschlagen. Sie fragte, ob es aus Sicht der WSV etwas gebe, was im Sinne eines zügigen Voranschreitens der Sanierungsbemühungen noch getan werden könne und möglicherweise noch nicht angeschoben sei.

Herr Scholz erläuterte, dass in solch einem Fall per Sofortmaßnahme wasserseitig gesperrt würde, Schifffahrtsverkehr könne dann nicht stattfinden. Landseitig würde mit Bauzäunen abgesperrt werden. Er sicherte zu, auf keinen Fall Bäume fällen zu wollen. Weiter erläuterte er, dass die Gesamthaftung beim Ministerium, der WSD und dem WSA liege. Mitarbeiter/innen vom WSA und von der WSD Ost seien im BMVBS in Bonn gewesen. Der Kontakt zum BMVBS sei also vorhanden.

Herr Hädicke ergänzte, dass die WSV beauftragt worden sei, eine Konzeption zum Entwurf-HU zu erstellen. Sobald der Istzustand des Kanals dokumentiert sei, würden die Unterlagen nach Bonn geschickt. Anschließend werde die WSV den Sollzustand darstellen. Nähere Informationen und auch Termine hierzu, werde Frau Dr. Ernst im Verlauf der Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des WSA“ darstellen.

Frau Voskamp fasste die Aussagen von Herrn Scholz und Herrn Hädicke dahingehend zusammen, dass alles, was aus Sicht der WSV getan werden könne, bereits angeschoben worden sei.

Herr Dohna erkundigte sich, ob Herr Scholz sagen könne, dass es keine Stelle am Landwehrkanal gebe, die der Schadensklasse „S4“ zuzuordnen sei. Frau Fortwengel warf ein, dass sie bei der Befahrung des Kanals im August 2010 mindestens eine Stelle am Ufer gesehen hätte, die aus ihrer Sicht einsturzgefährdet wirke. Herr Scholz erklärte, das WSA würde selbst regelmäßig Befahrungen durchführen und dabei gezielt hinschauen; er räumte ein, dass es allerdings keine hundertprozentige Sicherheit gebe, da auch Bereiche, die der Schadensklasse S1 oder S2 zugeordnet seien, versagen, d.h. einstürzen könnten. Das könne nicht ausgeschlossen werden.

Herr Dohna erneuerte seine Anfrage: Er habe das so verstanden, dass am 25.6.2010 die BWI für den Landwehrkanal abgeschlossen gewesen sei (siehe Newsletter des WSA). Seitdem seien 10 Wochen vergangen. Er kritisierte heftig, dass es erst heute eine Darstellung

darüber im Forum gebe und erkundigte sich, warum nicht früher die Gelegenheit genutzt worden sei, Transparenz darüber herzustellen. Herr Hädicke griff die Frage von Herrn Dohna auf: Die von geforderte Auswertung der Bauwerksinspektion innerhalb von 6 Wochen gemäß Merkblatt "Bauwerksinspektion" (MBI, Juli 2010) sei erst der zweite Schritt. Der erste Schritt sei derzeit die Einteilung der Ufer des WSA Berlin in die Kategorien A, B und 0. Das daraus resultierende Bauwerksverzeichnis für die Kategorien A und B, sei bis zum 01. April 2011 der WSD Ost vorzulegen. Diese Kategorisierung sei Voraussetzung für die Art der Bauwerksinspektion; Kategorie A (Laufende Beobachtung, Bauwerksüberwachung und Bauwerksprüfung), Kategorie B (Laufende Beobachtung, Bauwerksbesichtigung), Kategorie 0 (Laufende Beobachtung). Die bei der durchgeführten "Inspektion" in den Kategorien A und B festgestellten Schäden würden auf der Grundlage des "Merkblattes für Schadensklassifizierung an Verkehrswasserbauwerken" (MSV 2010) in die Schadensklassen 1 bis 4 eingeteilt. Diese Auswertung sei entsprechend des von Herrn Dohna zitierten Merkblattes MBI (Juli 2010) innerhalb von 6 Wochen vorzunehmen.

Herr Dohna ärgerte sich darüber, dass eine scheinbar so einfache Beantwortung seiner Fragen so viel Zeit benötigt habe. Herr Hädicke führte daraufhin die Verwaltungsabläufe und –zuständigkeiten sowie die Urlaubszeiten der verschiedenen Mitarbeiter/innen über den Sommer 2010 an, die zu dieser Verzögerung geführt hätten. Ihn persönlich hätten die Fragen von Herrn Dohna beispielsweise erst am letzten Freitag erreicht.

Herr Kessen nahm dies zum Anlass, alle Teilnehmer/innen erneut darauf hinzuweisen, dass es wichtig sei, nicht über mehrere einzelne Kommunikationswege zu kommunizieren, sondern möglichst alle Fragen über die Mediation abzuwickeln, so dass für alle Teilnehmer/innen Transparenz hergestellt werden könne. So bestünde eine größere Chance, dass Fragen adäquat besprochen und beantwortet werden könnten. Herr Lingenauber wandte ein, dass - egal wer Recht habe, Herr Dohna oder Herr Hädicke - das für ihn eine bilaterale Auseinandersetzung sei. Die Diskussion nehme seiner Auffassung nach zu viel Raum ein in der Forumssitzung. Daraufhin erklärte Herr Kessen, dass es jetzt gerade für die Beteiligten um das Prozedere gehe und dass das in seiner Wahrnehmung keineswegs und ausschließlich bilateral sei, sondern das ganze Forum betreffe. Herr Dohna erklärte, dass aus seiner Sicht die Ergebnisse der Bauwerksinspektion in Zusammenhang stünden mit der Beschreibung des Ist-Zustands des Kanals für die Konzeption zur HU. Ohne die Dokumentation der BWI könne es in der Mediation nicht weiter gehen, daher sei das Thema für das ganze Forum entscheidend. Nach Aussage von Herrn Scholz gebe es am Landwehrkanal keine Schadensklasse „4“ mehr. Herr Dohna kündigte an, dies in einer Eigentümerversammlung von direkten Kanal-Anliegern so zu kommunizieren.

Herr Dohna erkundigte sich nach dem genauen Zeitpunkt, wann seitens der WSV alle Unterlagen für die Beschreibung des Ist-Zustands zusammengestellt sein würden und Frau Dr. Ernst beginnen könne, sich mit dem Sollzustand zu befassen. Herr Scholz erklärte daraufhin, die Aufgabe sei komplex, das WSA würde sich Meter für Meter vorantasten. Frau Dr. Ernst werde wöchentlich über den Stand der Dinge informiert. Zurzeit gebe es keine „Gefahr für Leib und Leben“, dass könne sich aber jederzeit ändern. Herr Scholz erklärte, er verstehe die Semantik und die Relevanz des Themas BWI für die heutige Sitzung nicht: Mit dem gegenwärtigen Zustand des Kanals würden alle seit 3 Jahren leben. Mit dem Bericht zum Ist-Zustand des Kanals für die Konzeption zum Entwurf-HU habe die BWI nichts zu tun. Herr Scholz erklärte, dass an der Konzeption zum Entwurf-HU gearbeitet werde, es aus seiner Sicht komme es dabei nicht „auf die Zahl hinter dem Komma“ an. Frau Guttzeit berichtete, dass sie – ausgelöst durch den erwähnten Bericht in der Berliner Abendschau - von Anwohnern/innen angesprochen worden sei, ob die Gefahr bestünde, dass bei einem möglichen Einsturz der Ufermauer an anderer Stelle Bäume gefällt werden müssten. Aus ihrer Sicht wäre hilfreich, wenn sich das Verkehrsministerium in der Öffentlichkeit zur Mediation bekennen würde: das wäre ein gutes Signal dafür, dass die Sorgen der Menschen vor Ort ernst genommen würden. Herr Kessen bedankte sich für den Input von Stimmen aus der Öffentlichkeit. Er verwies auf mehrere Punkte in der Tagesordnung, in denen die inhaltlichen Fragen

besprochen werden könnten, z.B. „Bericht des WSA“ und „Kommunikation mit dem BMVBS“. Herr Appel knüpfte an die Aussagen des WSA in vorangegangenen Sitzungen an, die besagten, dass in der Mediation inhaltlich zu weit vorangestürmt worden sei und nun erstmal innegehalten werden müsse. Er insistierte, dass das Vorantreiben der Sanierung große Dringlichkeit besitze, auch wenn anscheinend keine unmittelbare „Gefahr für Leib und Leben“ bestünde. Er äußerte seine Befürchtung, dass es für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen nur Geld gebe, wenn eine reale Gefahr existiere. Herr Scholz bekräftigte, das WSA Berlin stehe voll und ganz zu seiner Aussage, es solle ohne Verzug weiter gehen mit der HU. Er versicherte, dass es für Fälle von „Gefahr in Verzug“ in der Mediation Vereinbarungen getroffen worden seien, die Bestand hätten und dass kein einziger Baum ohne Not und ohne Rücksprache gefällt werden würde.

Herr Dohna zitierte eine Passage aus dem Forums-Protokoll vom 5.7.2010, wonach das BMVBS die Konzeption zum Entwurf-HU nur mit vollständigen Unterlagen zum Ist- und zum Sollzustand prüfen könne. Herr Hädicke erklärte daraufhin, dass die Konzeption zur HU für den Landwehrkanal Vorrang habe; der Ist-Zustand für die BWI sei nicht das gleiche wie der Ist-Zustand für die Konzeption: die Konzeption zum Entwurf-HU enthalte viele Punkte, die über die BWI hinausgingen. Herr Dohna äußerte vehement seine Bedenken dagegen, allein aufgrund von eigenen Annahmen in WSA und WSD einen erforderlichen Bearbeitungsumfang festzulegen. Um möglichen Nacharbeitserfordernissen zu begegnen, sei aus seiner Sicht dringend die Abstimmung mit dem BMVBS über den jeweiligen Bearbeitungsumfang herzustellen. Er erinnere sich an ähnliche Aussagen zu einem früheren Zeitpunkt, und dann sei es doch zu Nachforderungen durch das Ministerium gekommen. Die Gefahr, dass sich solch eine Erfahrung wiederhole, müsse ausgeschlossen werden.

3.2 Stand der Dinge am Berlin-Spandauer-Schiffahrtskanal (BSK)

Herr Scholz erinnerte daran, dass das WSA aus der Sitzung der Arbeitsgruppe „Erkenntnisse am BSK und Auswirkungen auf die gemeinsame Arbeit in der Mediation – Perspektiven des Umgangs miteinander“ vom 19.4.2010 einige To-Dos mitgenommen hätte. Nun wolle er - wie zugesagt - über den Stand der Aktivitäten seitdem kurz berichten:

Am 10.8.2010 habe ein Gehölzpflegeaussprachetag stattgefunden. Teilgenommen hätten daran: verschiedene Fachverwaltungen, der Betroffenenrat Lehrter Straße (Frau Torka), sowie Vertreter/innen von BUND, BfG, der Außenbezirke des WSA, der Sachbereiche innerhalb des WSA und der AG Landwehrkanal. Auch einige Vertreter von Fachfirmen der Baumpflege seien zu Anfang dabei gewesen. Herr Dr. Barsig habe leider nicht selbst teilnehmen können, aber einen Vertreter geschickt. Ausgangspunkt war die Klärung darüber, warum die Ergebnisse der Gehölzschnittmaßnahmen am BSK so katastrophal ausgefallen waren und wie künftig gemeinsam daran gearbeitet werden könne, die Qualität anstehender Maßnahmen weiter zu verbessern und zu optimieren. So sei künftig ein Ziel, dass der Strauchbewuchs an Ufern nicht mehr nach Wasserbauwerksblatt, sondern in deutlich reduzierter Art und Weise ausgeführt werden solle (sogenannter Minimalschnitt). Die Veränderungen hätten sich im Verlaufe des Treffens auch sprachlich niedergeschlagen: Wurde beispielsweise zuerst noch von „Biberbefall“ gesprochen, hieß es im späteren Gesprächsverlauf „Biberaufkommen“. Herr Wahl von der Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) habe einen Initialvortrag über den Gehölzleitfaden gehalten, der bei den Teilnehmer/innen sehr gut angekommen sei.

Außerdem habe eine kleine und Anfang September 2010 eine große Begehung am BSK stattgefunden. Diese sei in der o.g. Sitzung am 19.4.2010 verabredet worden. Herr Doering (SBL 2/WSA) und Herr Krauß (BUND) hätten vorab im kleinen Kreis eine erste Sichtung gemeinsam durchgeführt. Zu den jeweiligen Treffen gäbe es auch jeweils ein Protokoll, das an die Forumsteilnehmer/innen versandt werden könnte. Herr Scholz sagte zu, diese über die Mediatoren bereitzustellen. Herr Scholz führte weiter aus, dass noch geklärt werden müsse, in welchem Maße Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt würden. Es sei geplant, einen Unterhaltungsplan zu erstellen, nach dem auch mögliche Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden könnten. Herr Scholz äußerte sich insgesamt zuversichtlich, dass die Situation am BSK

mit den Beteiligten einvernehmlich geklärt werden konnte und sich nicht mehr negativ auf die Arbeit in der Mediation Zukunft Landwehrkanal auswirken werde.

Dr. Barsig äußerte die Bitte, dass die Bürgervertreter/innen bei der Erstellung der Unterhaltungspläne mit einbezogen würden. Da es sich um komplexe Zusammenhänge handele, sei aus seiner Sicht eine Zwischenabstimmung sinnvoll. Dadurch könne man die erforderliche und gewünschte Transparenz herstellen. Insgesamt habe es aus seiner Sicht sehr interessante Ergebnisse gegeben, die auch auf den Landwehrkanal übertragbar seien.

Frau Voskamp bedankte sich bei Herrn Scholz für den Bericht zum Stand der Dinge und fasste zusammen, dass nun Transparenz darüber hergestellt sei, was am BSK zwischenzeitlich geschehen und was aus den gemeinsamen Verabredungen vom 19.4.2010 geworden sei. Ziel sei es nun, in die Zukunft zu schauen.

Herr Appel fasste nach und kritisierte, dass noch keine Aussagen zu konkreten Kompensationsmaßnahmen nach diesem aus seiner Sicht eklatanten Vertrauensbruch festgelegt worden seien. Ihm fehlten noch Aussagen über konkrete Maßnahmen. Außerdem forderte er das WSA auf, gegenüber denjenigen Kleingärtnern am BSK einzuschreiten, die die Uferbereiche unzulässigerweise aneignen und umgestalten würden. Beim Unterhaltungsplan am BSK zum beabsichtigen „Gehölzumbau“ schlummere aus seiner Sicht noch ein Dissens. Ziel müsse es auf jeden Fall sein, sehr behutsam dabei vorzugehen. Herr Scholz erklärte, dass sie den Umbau so durchführen würden, wie die begleitenden Experten das vorgeben würden. Er sagte zu, die Mitgliederversammlungen der Kleingärtner/innen vor Ort persönlich besuchen zu wollen und das Gespräch zu suchen. Außerdem werde der betreffende Kleingärtner-Verein vom Sachbereich 3 des WSA diesbezüglich angeschrieben werden. Herr Barsig unterstrich die Notwendigkeit eines transparenten Prozesses und bat Herrn Scholz, dafür auch bei der BfG zu werben und es ihr auch schriftlich mitzuteilen.

Die Mediatoren fassten zusammen, dass es darum gegangen sei, die im Nachgang zur Arbeitsgruppensitzung am 19.4.2010 erzielten Ergebnisse dem Forum gegenüber transparent zu machen. Herr Appel verdeutlichte die Bedeutung der Handlungsweise des WSA am BSK, indem er auf die Ausstrahlwirkung auf alle Berliner Gewässer in der Zuständigkeit des WSA und insbesondere auf die gemeinsame Arbeit für den Landwehrkanal verwies.

(Herr Scholz verließ wie angekündigt um 19.00 Uhr die Sitzung.)

4. Bundesanstalt für Wasserbau (BAW): Oberflächenwassermodell für den Landwehrkanal

Die Mediatoren begrüßten noch einmal Herrn Willamowski von der Bundesanstalt für Wasserbau (BAW), der auf Einladung von Frau Dr. Ernst und auf Wunsch der Mediationsteilnehmer/innen in der heutigen Sitzung über das Oberflächenwassermodell berichten würde, und übergaben das Wort an ihn. Er schickte seinem Vortrag vorweg, dass er noch keine Ergebnisse präsentieren werde, es vielmehr darum ginge, das Modell und die Zielstellung der Untersuchungen zu erläutern. Er zeigte eine PP-Präsentation³.

Der derzeitige Auftrag des WSA Berlin an die BAW laute: „Berechnung der durch verschiedene Sanierungsvarianten bedingten Veränderungen der Wasserspiegel und der Wellenabläufe bei durch Starkregen erzeugtem Hochwasser in der Haltung des Berliner Landwehrkanals.“ Mithilfe der PP-Folien erläuterte er Struktur, Verfahren und Geometrie sowie Kalibrierung und Validierung des Modells. Er berichtete, dass die BAW einen Naturversuch durchgeführt habe, um das Modell zu validieren. Es sei zunächst darum gegangen festzustellen, dass das Modell funktioniere und in ausreichendem Maße die Wirklichkeit abbilde. Dieser Nachweis konnte erbracht werden. Als Testfall für die eigentliche Aufgabenstellung ist ein Starkregenereignis aus dem Jahr 2007 zugrunde gelegt worden. Solche Ereignisse sind für eine exakte Modellrechnung jedoch nur unzureichend dokumentiert. Deshalb werde eine enge Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben erforderlich. Der Wasserspiegel des Landwehrkanals steige bei einem extremen Starkregen im Einzugsgebiet um etwa 50 cm.

³ Die PP-Präsentation wurde zwischenzeitlich an die Forumsteilnehmer/innen per Email versandt und auf der Homepage des Verfahrens unter „Materialien und Texte“ bereitgestellt.

Die Höhe des Wasserspiegels sei aufgrund der sehr niedrigen Brücken für die Schifffahrt von entscheidender Bedeutung: Bei Hochwasser müssten die Schiffe ggf. vor den Brücken warten, bis der Wasserspiegel wieder sinke.

Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Willamowski für den Vortrag und sammelten Fragen.

Auf die Frage, inwieweit die Einleitmengen der Berliner Wasserbetriebe in den Kanal eine Rolle gespielt hätten bei den Untersuchungen, führte Herr Willamowski aus, dass durch die BAW nicht die Niederschlagsmengen und -verteilungen im Einzugsgebiet berechnet werden, sondern die Einleitmengen und -orte als Randbedingungen für den Modellbetrieb vorliegen müssen. Hierzu werde er berechnete Werte für ausgewählte Starkregenereignisse im 5 Minuten Abstand aus dem Netzmodell der Berliner Wasserbetriebe erhalten. Damit werde die Datenbasis z.B. für den zuvor genannten Testfall verbessert. Für die eigentlichen Vergleichsrechnungen zwischen den Sanierungsvarianten und dem derzeitigen Zustand können dann sowohl derartige reale Hochwasserereignisse aus der Vergangenheit als auch an solche angelehnte Ereignisse ähnlicher Größenordnung verwendet werden.

Herr Schael fragte nach, ob geplant sei, diese Daten, die auf einer 5-Minuten-Taktung gegenüber einer bisher nur in 20-Minuten-Taktung durchgeführten Erhebung basierten, an den Berliner Senat weiterzuleiten. Herr Willamowski antwortete, dass er nicht wissen könne, inwieweit diese verdichteten Daten, außer für eine feinskalige Modellierung, für Dritte einen Erkenntnisgewinn bedeuten.

Frau Fortwengel versicherte sich, ob es bei diesen Untersuchungen darum gehe, die Veränderung des Wasserspiegels durch das mögliche Einbringen von Spundwänden zu untersuchen. Herr Willamowski bejahte dies und erklärte gleichzeitig, im Normalfall sei der Abfluss im Kanal sehr gering, demzufolge auch die sanierungsbedingten Veränderungen. Im Hochwasserfall sei im Modell sichtbar geworden, wie sich das Wasser in der gesamten Haltung, einschließlich des Neuköllner Schifffahrtskanals, bewege und welche Überlagerungen es gebe.

Frau Guttzeit erkundigte sich, ob die Klimaerwärmung Einfluss auf den Wasserabfluss hätte.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass sie dieses Thema mit in die Untersuchungen zur UVS aufnehmen wolle, insoweit es bereits dazu Erhebungen und Erkenntnisse gebe.

Auf Nachfrage, ob Herr Willamowski sich selbst als unabhängig sehe, erklärte er, dass er als Mitarbeiter der Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) unabhängig ist und sich als nur der Physik verpflichtet sehe.

Frau Fortwengel fragte nach, wie die Zeitplanung aussehe und wann mit Ergebnissen zu rechnen sei. Herr Willamowski erklärte, er rede über einen Zeitraum von einigen Monaten. Zunächst müsse ausgewertet werden, was die Modelldaten der BWB aussagen und wie sie genutzt werden können. Dazu werde es mehrere Abstimmungsrunden mit den Berliner Wasserbetrieben geben. Der Auftraggeber, das WSA, sollte dann selbst entscheiden, wann was präsentiert werden könnte. Die BAW werde über die Ergebnisse und Erkenntnisse einen Bericht verfassen. Dieser könne durch den Auftraggeber veröffentlicht werden, das liege in seinem Ermessen.

In Anknüpfung an die Frage von Frau Guttzeit, erläuterte Herr Rehfeld-Klein, dass das Klima kaum eine Rolle spiele, da der Wasserpegel im Landwehrkanal vom Spreewasser abhängig sei. Das Spreewasser sei allerdings im Vergleich zu 1990 um 60% zurückgegangen. Vor 2012 werde man dazu keine neuen Aussagen machen können. Aus seiner Sicht würden 2011 die nötigen Berechnungen angestellt, so dass es kurzfristig keine Aussagen geben würde. Frau Dr. Ernst ergänzte, dass das Ergebnis der Messungen ein Fachgutachten sein werde und damit veröffentlicht werden könne.

Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Willamowski für sein Kommen und boten ihm an, gerne bleiben zu können und an der Sitzung teilzunehmen.

Frau Kalepky kam in der Sitzungspause und wies darauf hin, dass sie nur zufällig Einlass in das Gebäude erlangt habe. An der Eingangstür befinde sich nicht mehr (wie früher) ein Hinweisschild mit einer Telefonnummer. Mehrere Sitzungsteilnehmer/innen baten darum, dies künftig wieder sicherzustellen, da es immer jemanden geben werde, der erst später kommen

könne.

5. Bericht des WSA

5.1 Maybachufer/ Kottbusser Brücke: Abnahme der Baustelle am 2.9.2010

Frau Dr. Ernst berichtete⁴ von der Abnahme des 90 m langen Teilabschnitts Maybachufer / Kottbusser Brücke an der Anlegestelle Riedel am 2.9.2010, der gleichzeitig der 160. Geburtstag des Landwehrkanals war. Sie informierte darüber, dass die fachliche Auswertung der Sanierung des Mauerwerks am 04.10.2010 stattfinden werde. Der Termin sei abgestimmt mit Herrn Lingenauber; eingeladen werde der interessierte Teilnehmerkreis des Forums sowie Vertreter/innen von GuD Consult GmbH und der Fa. WKH GmbH Hönow.

Herr Appel wies darauf hin, dass er Herrn Freise am 2.9.2010 so verstanden habe, dass er in der heutigen Forumssitzung Details zu seiner landseitigen Planung der Anlegestelle vorstellen wollte. Er sei daher erstaunt, dass Herr Freise heute nicht anwesend sei.

Die Mediatoren sagten zu, bei Herrn Freise nachzufragen, wie seine zeitliche Disposition dazu aussehe.

5.2 Auswertung Teststrecke

Frau Dr. Ernst erinnerte an den ausstehenden Abschlussbericht der Fa. Obermeyer Planen und Bauen GmbH und daran, dass die Ergebnisse dem interessierten Teilnehmerkreis aus dem Forum vorgestellt werden sollten. Ein Zwischenbericht liege dem WSA zwischenzeitlich vor, der Inhalt könne jedoch nicht in der vorgelegten Form präsentiert werden, erläuterte Frau Dr. Ernst. Da noch Nacharbeiten erforderlich seien, könne noch kein konkreter Termin für die Einberufung einer Arbeitsgruppensitzung genannt werden.

Frau Dr. Ernst betonte, dass alle Erkenntnisse aus der Teststrecke in die Ausschreibung zum Corneliusufer eingeflossen seien. Inzwischen hätten auch Vertreter des Bauindustrieverbandes dem WSA gegenüber gesagt, dass man wohl mit dem Gerät arbeiten müsse. Die Teilnehmer/innen verwiesen darauf, dass der Einsatz dieses Verfahrens aus der Mediation heraus entstanden sei. Einige Teilnehmer/innen wünschten sich, dass die Erfolge der Mediation vom WSA noch stärker nach innen und außen kommuniziert würden als bisher. Als Beispiel wurden die Redebeiträge anlässlich des 2.9.2010 angeführt. Herr Kessen regte an, die eigenen Wahrnehmungen dahingehend zu differenzieren, dass es z.B. noch genauer auseinander zu halten gelte, was beispielsweise Frau Dr. Ernst gesagt hätte und was in der Presse veröffentlicht worden sei. Frau Kleimeier griff das Thema Umgang mit der Presse auf. Sie erklärte, dass ihr wichtig sei, auch über die Presseerklärung der IHK zum Landwehrkanal zu sprechen, zumal Herr Deitmar als Ansprechpartner der IHK heute anwesend sei. Hier ging es darum, mögliche Irritationen frühzeitig zu klären. Herr Deitmar signalisierte allerdings, heute darüber keine qualifizierte Auskunft geben zu können, da das Thema und die angesprochene Presseerklärung neu für ihn seien. Die Mediatoren schlugen daher vor, dies an anderer Stelle zu bearbeiten, wenn Herr Deitmar sich ein Bild hatte machen können.

5.3 Baumkataster für die Instandsetzung

Frau Dr. Ernst berichtete, dass die Firma RMK seit dem 31.8.2010 die Baumbegutachtung am Landwehrkanal durchführe. Eine öffentliche Vorstellung der Firma RMK und des Arbeitsstandes habe am 7.9.2010 im Rahmen eines SFWA-Termins („Sie Fragen Wir Antworten“) stattgefunden. Herr Röske ergänzte auf Nachfrage, dass die Gutachter derzeit auf der Höhe des Lohmühlenabschnittes tätig sein müssten. Die geplante Dauer der Arbeiten belaufe sich auf vier Monate.

Herr Appel berichtete, dass ihn die beauftragte Firma sehr positiv überrascht habe: Es werde wohl nicht nach „Schema F“ gearbeitet, sondern es sei Leidenschaft für die Sache erkennbar. Frau Dr. Ernst ergänzte, dass das Team intensiv arbeite und sie zuversichtlich sei, dass die zu erarbeitenden Datenmengen bei RMK in guten Händen seien.

⁴ Die Folien der zum Bericht des WSA gehörenden PP-Präsentation sind auf der Homepage des Verfahrens www.landwehrkanal-berlin.de unter „Materialien und Texte“ eingestellt.

5.4 Bestandserfassung und –bewertung (Scoping)

Die Arbeiten zur Bestandserfassung und -bewertung seien noch nicht vergeben, erklärte Frau Dr. Ernst. Es sei geplant, in der 39. KW 2010 den Vertrag dazu zu schließen. Als Beginn der Arbeiten sei der 4.10.2010 vorgesehen. Die voraussichtliche Bearbeitungsdauer betrage ca. sechs Monate. Als Termin für die verabredete Auftaktveranstaltung sei der 25. oder 26.10.2010 geplant. Frau Kleimeier und Frau Fortwengel wiesen darauf hin, dass für sie der Dienstag (26.10.2010) besser geeignet sei. Die Mediatoren erläuterten, dass die Einladung zu diesem Termin an das ganze Forum gehen werde, damit jede/r, die/der Interesse habe, Gelegenheit erhalte, sich informieren zu können.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass die Arbeiten der Vorbereitung eines klassischen Scoping-Termins dienen würden. Frau Voskamp wies darauf hin, dass es ein Protokoll zur Arbeitsgruppensitzung Bestandserfassung und –bewertung gebe vom 4.6.2010, in dem jede/r die Einzelheiten des Auftragsumfangs nachlesen könne. Herr Kessen ergänzte, dass diejenigen, die zu dem Termin am 25./26.10.2010 kommen möchten, sich zur Vorbereitung mit den Inhalten dieser Besprechung vertraut machen sollten.

5.5 Vorbereitung Winterbaumaßnahmen 2010/2011

Frau Dr. Ernst erläuterte, dass folgende Bereiche anstünden:

- Arbeiten am Abschnitt Corneliusstraße
- Pilotprojekt 370 m zur Sanierung des Mauerwerks
- Lohmühlenabschnitt.

5.5.1 Corneliusstraße

Einige Teilnehmer/innen fragten nach, ob bei der Ausschreibung das GRB-Verfahren in das Leistungsverzeichnis aufgenommen worden sei. Wie schon öfter besprochen, liege der Vorteil darin, dass trotz laufender Arbeiten ein Schiffsverkehr möglich wäre und damit das von allen angestrebte Ziel – auch im Sommer bauen zu können – realisierbar erscheine. Frau Dr. Ernst erklärte, dass das Verfahren in der Ausschreibung nicht ausdrücklich genannt werden könne. Das habe vergaberechtliche Gründe. In der Ausschreibung stünde, dass Nebenangebote ausdrücklich erwünscht seien (ein Auszug aus der Ausschreibung ist der PP-Präsentation des WSA angehängt): „Nebenangebote, die eine Technologie demonstrieren, die die Baudurchführung bei laufender Schifffahrt ermöglichen würde, sind ausdrücklich erwünscht.“

Frau Dr. Ernst berichtete außerdem, dass die Anbindung der Bäume am Corneliusufer leider nicht entfernt werden könnten, da Prof. Weihs keine Stellungnahme dazu abgeben wolle ohne zuvor seine Daten verifiziert zu haben.

5.5.2 Lohmühlenabschnitt

Zum Lohmühlenabschnitt (Länge 1,1 km) erläuterte Frau Dr. Ernst die Aktivitäten zum Kampfmittelräumkonzept. Herr Karsten Radzimanowski, neuer Bauingenieur in der AG Landwehrkanal, sei zur diesbezüglichen Abstimmung bereits bei der Leitstelle des Bundes für Kampfmittelräumung in der OFD (Oberfinanzdirektion) Niedersachsen in Hannover gewesen. Es sei geplant, dass nach endgültiger Abstimmung mit der OFD umgehend eine Ausschreibung der geophysikalischen Untersuchungen zur Flächenerkundung erfolge. Frau Dr. Ernst berichtete, dass vor dem Monbijou-Ufer im Auftrag des Senats derzeit eine vollflächige Kampfmittelräumung durch Bodenaustausch stattfinde. Zum Erfahrungsaustausch wolle sie sich mit dem Senat in Verbindung setzen. Herr Lingenauber fragte nach, ob auch die Uferbereiche auf Kampfmittel untersucht würden. Das sei von der Uferbebauung abhängig, erklärte Frau Dr. Ernst. Auf die Nachfrage, ob die Taucher bei der Räumung während der jährlichen Verkehrssicherungspeilung eine Gefahr eingingen, verneinte Sie dies, da es sich um eine Rahmenpeilung handele, die nur neue Hindernisse auf dem Grund erfassen würde. Frau Kleimeier zweifelte daran, dass ein Bodenaustausch vor den Ufermauern im Landwehrkanal aus statischen Gründen überhaupt möglich sei.

Frau Voskamp fasste zusammen, dass sie verstanden habe, dass es dem WSA derzeit vor allem darum ginge, auszuloten, welche Möglichkeiten bestünden. Was davon unter welchen

Bedingungen am Landwehrkanal eingesetzt werden könne, werde im nächsten Schritt geprüft.

Frau Dr. Ernst ergänzte, dass die Zusammenführung der vorhandenen Unterlagen, d.h. die Komplettierung zum Bauwerksbestand seit 01.09.2010 durch die Fa. Ingenieurvermessung Gedenk durchgeführt werde.

5.6 Pilot 370 m (+ 50 m) Mauerwerk

Frau Dr. Ernst erklärte, dass das WSA versuchen wolle, die 6 + 1 Abschnitte so schnell wie möglich fertig zu stellen. Sobald Herr Heier aus dem Urlaub zurück sei, werde er den Ingenieurvertrag vorbereiten. Sie habe noch keine konkrete Zeitschiene hierfür, da zunächst die Rahmenbedingungen geklärt worden seien. Sie stellte nähere Informationen dazu für das nächste Forum am 15.11.2010 in Aussicht.

Frau Kleimeier schlug vor, die Arbeiten in 7 Lose einzuteilen und keine beschränkte, sondern eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. So könnten möglichst viele Vorschläge und Ideen gesammelt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte man dann die Aufträge ggf. wieder zusammenfassen. Darin sehe sie vor allem die Chance, gute Leute mit hervorragenden Ideen einzubinden. Frau Dr. Ernst erklärte, dass sie sich das bisher so nicht vorgestellt habe. Sie müsse diesen neuen Vorschlag mit Herrn Osterwald von der Vergabestelle besprechen. Auch ihr sei daran gelegen, Erfahrungen zu sammeln. Herr Kessen glaubte Frau Kleimeier und andere Teilnehmer/innen auch so verstanden zu haben, dass die Umsetzung des Vorschlags von Frau Kleimeier möglicherweise den Vorteil habe, später nicht auf eine bestimmte Firma angewiesen zu sein und Erfahrungen zur Arbeitsweise unterschiedlicher Unternehmen sammeln zu können. Frau Dr. Ernst schlug vor, das Vorgehen noch einmal in einer kleineren Runde zu besprechen. Die Mediatoren signalisierten ihre Unterstützung, wenn Frau Dr. Ernst ihnen ein Zeichen dazu gebe.

Frau Kleimeier kam zurück auf den Lohmühlenabschnitt und wies darauf hin, dass hier noch eine Entscheidung ausstünde darüber, wie saniert werden solle. Sie schlug vor, das jetzt zu besprechen und darüber einen Beschluss zu fassen. Frau Dr. Ernst erklärte, es sei nicht möglich, jetzt einen Beschluss für die 1,1 km zu fassen und sie sehe auch nicht die Notwendigkeit. Mit der Flächensondierung in dem Abschnitt sei die Arbeitsgruppe zunächst ausgelastet. Nach der Flächensondierung müsse die potenzielle Spundwandtrasse auf Kampfmittel untersucht werden. Herr Lingenauber erklärte, dass ein möglicher Beschluss dazu aus seiner Sicht auch beinhalten müsste, dass die Arbeiten analog zu den bisherigen fortgesetzt werden müssen: da in Teilabschnitten gearbeitet werde, müsse jeweils an einen vorhandenen Abschnitt angeschlossen werden - es sei denn, neue Untersuchungen führten zu neuen Erkenntnissen. Für ihn gäbe es derzeit keine neuen Randbedingungen.

Frau Dr. Ernst äußerte sich erstaunt über die Diskussion: In der Forumssitzung am 5.7.2010 habe sie erläutert, dass zunächst die Konzeption zur HU erstellt werden müsse. Erst im Anschluss könne über Sanierungsvarianten entschieden werden. Sie warnte davor, Tatsachen zu schaffen, die sie später behindern könnten.

Herr Dohna erinnerte daran, dass Herr Menzel am 17.5.2010 im Forum zugesagt hatte, dass für die Baumaßnahmen am Lohmühlenabschnitt finanzielle Mittel bereit stünden. Herr Dohna sah hier einen Widerspruch. Herr Hädicke nahm darauf Bezug und erklärte, dass die Besprechung am 29./30.06.2010 im BMVBS, d.h. in der der WSD Ost vorgesetzten Behörde, nach dem 17.05.2010 stattgefunden habe. Die Aussagen des BMVBS am 29./30.06.2010 zur Bearbeitung der Konzeption zum Entwurf-HU hätten den Status eines Erlasses, auch wenn sie mündlich vorgetragen worden seien. Sie stellten eine "Behördenmeinung" und keine Einzelmeinung eines einzelnen Bearbeiters dar. Sollte das Forum Beschlüsse über Arbeiten am Lohmühlenabschnitt fassen – deren Kosten voraussichtlich über 1 Mio. Euro liegen – würde das WSA sich aus seiner Sicht faktisch über den Erlass des BMVBS hinweg setzen. Daher werde die WSV einer etwaigen Beschlussvorlage solchen Inhalts nicht zustimmen können. Die Mediatoren ergänzten, dass auch sie sich gut daran erinnerten, dass Herr Menzel das im Forum so formuliert habe, wie Herr Dohna soeben vorgetragen hatte. Dieser habe zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht wissen können, wie die später stattfindende Be-

sprechung im BMWBS verlaufen werde.

Herr Dohna forderte daraufhin, dass das Forum selbst direkt mit dem BMVBS sprechen müsse.

6. Kommunikation mit dem BMVBS

Die Mediatoren fassten die Diskussion dahingehend zusammen, dass sich viele Forumsteilnehmer/innen seitens des BMVBS und der WSV insgesamt eine stärkere Anerkennung der in der Mediation geleisteten Arbeit und Unterstützung für die Beschlüsse des Forums wünschten. Außerdem forderten sie mehr Transparenz über Absprachen mit und Entscheidungen anderer Instanzen wie hier des BMVBS sowie insbesondere eine jeweilige Erklärungen zu den daraus folgenden Auswirkungen. Das WSA habe derzeit die Sorge, dass die Kosten für den Lohmühlenabschnitt sehr hoch ausfallen könnten. Die Mediatoren empfahlen, zur Förderung der konstruktiven Zusammenarbeit noch mehr Transparenz über die Verlauf bzw. Ergebnisse der Kontakte zum BMVBS herzustellen.

Einige Teilnehmer/innen schlugen vor, die Mediatoren sollten zusammen mit den Vertretern/innen der WSV nach Bonn fahren, um zu vermitteln und die gewünschte Transparenz allseitig sicherzustellen. Einige griffen den früher schon einmal thematisierten Vorschlag auf, die beteiligten Mitarbeiter/innen und Entscheidungsträger/innen des BMVBS in das Mediationsforum nach Berlin einzuladen. Herr Kessen erklärte, die geeigneten nächsten Schritte müssten gemeinsam sorgfältig ausgelotet werden und die Gestaltung der Schnittstellen zwischen Forumsarbeit und Verwaltungsabläufen müsse mit allen Beteiligten erfolgen.

Herr Appel erinnerte an eine frühe Aussage von Herr Hildebrandt zu Beginn der Mediation, als das Forum eine personelle Beteiligung des Ministeriums im Verfahren gefordert habe: Herr Hildebrandt habe seinerzeit versichert, dass niemanden aus dem Ministerium in der Mediation benötigt werde, da er – und später Herr Hädicke – diese Rolle zuverlässig ausfüllen und den Informationsfluss sicher stellen würden. Herr Appel konstatierte enttäuscht, dass diese Aussage sich nun als unrichtig herausgestellt habe. Er äußerte seine Annahme, dass die gesellschaftliche Empörung und die heftig geführten Auseinandersetzungen in den Straßen und an den Ufern des Landwehrkanals zu lange zurücklägen. Die Erinnerung daran sei nicht mehr präsent, das alles scheine in Vergessenheit geraten zu sein.

Die Mediatoren fassten zusammen, dass aus Sicht von Frau Dr. Ernst das Gespräch im BMVBS ergeben habe, dass der Lohmühlenabschnitt erstmal nicht weiter geplant und gebaut werden könne. Sie versuchten das gegenseitige Verstehen zu unterstützen und erläuterten, dass dieser Rückschluss, den die WSV gezogen habe und der auf Inhalt und Ergebnis des BMVBS-Termins Ende Juni 2010 basiere, für die Forumsteilnehmer/innen nicht absehbar und erkennbar gewesen sei. Für diese handele es sich vielmehr um eine neue Information, die – gerade in Erinnerung der früheren Aussagen von Herrn Menzel im Forum - vielen schwerfalle, nachzuvollziehen und zu akzeptieren.

Frau Fortwengel erklärte, sie habe das Gefühl, als Forumsbeteiligte von BMVBS und WSV nicht ernst genommen zu werden. Ihrer Ansicht nach bräuchte es jetzt ein klares Signal aus Bonn, das unmissverständlich sichtbar mache, dass das BMVBS die Arbeit in der Mediation unterstütze. Sie sehe einen immensen Verbesserungsbedarf in der gegenseitigen Kommunikation. Das Gehörte wirke auf sie so, als habe das WSA das Mediationsforum gegenüber dem Ministerium nicht gut vertreten. Herr Appel unterstützte diese Sichtweise und ergänzte, dass die gegenseitige Verlässlichkeit zentrales Anliegen und Bedürfnis aller Beteiligten sei. Die Mediatoren erklärten, dass sie alle Seiten gut nachvollziehen könnten. Ihr Anliegen sei es, Transparenz herzustellen und die Schaffung und Gestaltung der jeweils nötigen Verknüpfungen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Frau Kleimeier führte aus, dass sie sich nicht als abhängige Untergebene des Ministeriums sehe; daher könne das Forum aus ihrer Sicht trotzdem einen Beschluss formulieren und fassen. Sie befürchte, dass viel zu viel Zeit vergehe, wenn erst auf die Sicherung von Transpa-

renz und Gestaltung der nötigen Kommunikationswege gewartet werde.

Herr Röske wies darauf hin, dass das WSA sehr wohl das tue, was notwendig und möglich sei. Was den Lohmühlenabschnitt angehe, appellierte er an das Forum auf, die Situation nicht so pessimistisch zu sehen. Außerdem wünsche er sich in den Äußerungen der Forumsteilnehmer/innen mehr Wertschätzung für die Mitarbeiter/innen des WSA, die alles täten, was in ihren Kräften stehe, um die Dinge voranzubringen. Herr Kessen erläuterte, dass er aus den bisherigen Aussagen der Forumsteilnehmer/innen keine verminderte Wertschätzung für die Arbeit der Arbeitsgruppe Landwehrkanal herausgehört hätte, sondern vielmehr die Sorge, dass die gute gemeinsame Arbeit in der Mediation keine ausreichenden Früchte würde tragen können.

Frau Kleimeier fasste nach: aus ihrer Sicht sei es notwendig, die Sanierungsmethode für den Lohmühlenabschnitt bereits jetzt per Forumsbeschluss festzulegen. Damit würde auch genau geklärt werden, in welcher Achse die Spundwand eingebaut würde. Dies wiederum sei notwendig, damit die Kampfmittelsondierung und -räumung zielgenau erfolgen könne.

Frau Dr. Ernst stellte klar, dass die WSV vom BMVBS kein Mandat hätten, heute einer technischen Sanierungsmethode zuzustimmen. Im Falle einer Abstimmung über eine etwaige Beschlussvorlage seien sie daher dazu gezwungen, dagegen zu stimmen. Sie versicherte, dass sie persönlich mit größtem Engagement und Herzblut die Interessen des Forums und der Arbeitsgruppe in Bonn vertreten habe. Ihr gehe es darum, gemeinsam gute Lösungen zu finden. Das WSA setze alles daran, die Instandsetzung des Landwehrkanals auf den Weg zu bringen.

Herr Appel betonte, dass die geäußerte Kritik sich nicht gegen ihre Person gerichtet habe. Er sehe vielmehr ein essentielles strukturelles Problem.

Herr Lingenauber fragte nach, warum der Abschnitt Lohmühlenweg der nächste Sanierungsabschnitt sein solle und ob es darüber bereits einen Diskurs im Forum gegeben habe. Herr Kessen erinnerte daran, dass es ein Vorschlag des WSA gewesen sei und dass mehrere Kriterien dafür gesprochen hätten. Das Forum hatte diesem Vorschlag zugestimmt.

Frau Guttzeit klärte, dass sie die Arbeit, die das WSA leiste durchaus wertschätze. Sie empfände deren Tun als sehr engagiert. Sie sehe das Hauptproblem in der Kommunikation mit dem BMVBS. Diese sicherzustellen sei ihrer Auffassung nach Aufgabe der Mediatoren.

Frau Fortwengel fasste die Aussagen zum Lohmühlenabschnitt dergestalt zusammen, dass es ihrem Verständnis nach keine neue Winterbaustelle 2010/2011 geben werde. Frau Dr. Ernst verwies auf den Abschnitt Corneliusstraße, dessen Bau für den kommenden Winter vorgesehen sei. Frau Fortwengel erklärte, angesichts dieser Erkenntnis, dass aus ihre Sicht Fortschritte im Schneckentempo gemacht würden und kritisierte, dass das nicht die gemeinsame Zielperspektive sein könne. Frau Bodenmeier wandte ein, dass es sich beim Corneliusufer um einen Bauabschnitt von 205 Metern Länge handle und dieser Abschnitt damit wesentlich länger sei als alle bisher umgesetzten Abschnitte.

Frau Voskamp verwies mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit und den Verlauf der Diskussion darauf, dass der Tagesordnung (TOP) „Kommunikation mit dem BMVBS“ faktisch vorgezogen worden sei, wenngleich der TOP „Bericht des WSA“ noch nicht abgeschlossen war. Zum weiteren Vorgehen schlug sie vor, den Bericht des WSA, der als PP-Präsentation vorliege, an dieser Stelle abubrechen und per Email über die Mediatoren an die Teilnehmer/innen zu versenden. Die verbleibende Zeit solle genutzt werden für die Besprechung des begonnenen TOPs „Kommunikation mit dem BMVBS“. Alle Beteiligten stimmten diesem Vorschlag zu.

Frau Kleimeier regte nochmals an, die gemeinsame Forumszeit dafür zu nutzen, doch bereits gemeinsam festzulegen, wie die Sanierungsmethode am Lohmühlenabschnitt aussehen

solle. Sie hoffe, dass es eine gemeinsame Haltung dazu gebe, der auch das WSA sich anschließen könne. Sie schlage vor, einen Beschluss zu fassen, der z.B. einen solchen oder ähnlichen Wortlaut beinhalte wie: „Wir (das Forum) würden, wenn wir jetzt entscheiden könnten, die Ausführung wählen, die bei der Pilotstrecke umgesetzt wurde“.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass sie dafür Verständnis habe und dass alle Vorbereitungen für diese Baumaßnahme durchaus auch jetzt schon unter diesem Vorzeichen stünden. Einem Beschluss könne sie jetzt dennoch nicht zustimmen.

Herr Kessen fasste zusammen, dass die Beteiligten nah beieinander seien: im Geiste werde bereits verfolgt, was viele sich für den Fortgang inhaltlich wünschten. So könnte man sagen, dass der „Geist“, der der Planung und Ausführung der Sanierung des Lohmühlenabschnitts zugrunde liegt, beschlossen wird. Das müsste allerdings sorgfältig formuliert werden. Er habe den Eindruck, dass viele aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit heute keine Energie mehr dafür hätten und regte daher an, dass dies eine Aufgabe für die nächste Forumssitzung im November 2010 sein könne.

Herr Appel brachte noch einmal seine Verärgerung zum Ausdruck. Er gewinne den Eindruck, die Mediation werde vom BMVBS nicht anerkannt. Herr Klingen habe von seiner Wertschätzung gegenüber der Mediation gesprochen, dies hätte Frau Dr. Ernst und die Mediatoren von dem mit ihm persönlich geführten Gespräch berichtet. Jetzt empfinde er das Verhalten des BMVBS als Missachtung der Mediation. Das sei gegenüber den hier gewonnenen Erkenntnissen und den erzielten Erfolgen, die die Mediation hervorgebracht habe, in keiner Weise angemessen.

Herr Rehfeld-Klein regte an, noch einmal beim BMVBS nachzufragen. Möglicherweise gebe es gute Gründe für die getroffenen Entscheidungen, die für das Forum noch nicht nachvollziehbar seien. Er könne sich vorstellen, dass nicht alles aus dem Termin in vollständigen Umfang und hinreichendem Maße erkannt oder transportiert worden sei. Er regte an, inhaltlich den Stand und die Stimmung vom Mai 2010 wieder aufzunehmen und die Situation positiv zu sehen. Frau Guttzeit erklärte, dass ihr die Anregung von Herrn Rehfeld-Klein nicht ausreiche: Sie sehe die Arbeit insbesondere bei den Mediatoren und wolle wissen, was diese zur Verbesserung der Kommunikation mit dem BMVBS konkret unternehmen würden. Die Mediatoren müssten aus ihrer Sicht Vorschläge machen. Frau Voskamp erklärte, dass es nicht alleinige Aufgabe der Mediatoren sein könne, Vorschläge zu machen. Alle Teilnehmer/innen trügen die Verantwortung, die einzelnen Verfahrensschritte eigenverantwortlich mit zu gestalten. Sie sehe keinen Grund von der inzwischen zum vertrauten Vorgehen gewordene Arbeitsweise in der Mediation abzuweichen, d.h. zuerst mit Unterstützung der Mediatoren Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten herauszuarbeiten, darauf basierend Lösungsvorschläge gemeinsam zu erarbeiten, zu bewerten und dann darüber gemeinsam zu entscheiden. Frau Guttzeit beharrte darauf, dass die Mediatoren jetzt erklären sollten, was sie konkret für Schritte zur Verbesserung der Kommunikation mit dem BMVBS unternehmen würden. Das sei der Grund, weshalb sie heute gekommen sei und sie erwarte eine Antwort. Herr Kessen erklärte, es gäbe viele verschiedene Themen und auch viele Bedürfnisse. Er erinnerte daran, dass viele der in der Mediation gemeinsam getroffenen Vereinbarungen eins zu eins umgesetzt worden seien. Kein einziger Beschluss sei bisher von einer höheren Instanz in der Verwaltung „kassiert“ worden. Seit kurzer Zeit seien nun scheinbar Mitarbeiter/innen im Ministerium involviert, die bisher mit dem Thema der Sanierung des Landwehrkanals noch nicht befasst gewesen seien. Die Mediatoren wüssten aus dem Gespräch mit Herrn Klingen, dass es im BMVBS in Bonn durchaus nicht nur Fürsprecher der Mediation gebe, sondern auch kritische Stimmen. Auf die konkrete Forderung von Frau Guttzeit erläuterten die Mediatoren, sie hätten bereits zu einem früheren Zeitpunkt zugesagt, dass sie das Gespräch mit dem BMVBS suchen würden, da sich das Forum entsprechend so geäußert habe und sie darum gebeten habe. In ihrer Rolle falle es ihnen möglicherweise leichter als anderen Beteiligten, die Wünsche und Sorgen des Forums zu vermitteln und sie könnten auch anders fragen. Wichtig sei jedoch, in der mediativen Rolle zu bleiben. Herr Kessen erinnerte an die gemeinsame Erkenntnis im Forum, dass einer der Gründe, die das BMVBS dazu bewogen haben, zur Konzeption zum Entwurf-HU noch weitergehende Unterlagen zu

fordern, die zu erwartenden hohen Kosten für die Sanierung des Landwehrkanals gewesen seien. So war es auch für das Forum nachvollziehbar, dass sorgfältig erarbeitete Grundlagen in Bonn benötigt würden, um die nötigen finanziellen Mittel freigeben zu können. Deshalb sollte der Blick über die Regelbauweise hinaus auf den gesamten Kanal erweitert werden. Entscheidend sei es jetzt auszuloten, wo genau mögliche Probleme in der Kommunikation liegen könnten. Es sei nicht das erste große Verfahren, welches er leite und bei dem sich zeige, dass weiter entfernte Stellen das Handeln in der Mediation nicht sogleich nachvollziehen könnten. Eine größtmögliche Transparenz über die jeweiligen Wünsche, Sorgen und Interessen aller am Verfahren beteiligten Personen herzustellen sei sicherlich sowohl notwendig wie hilfreich.

Herr Kessen sagte zu, den direkten Kontakt zu Herrn Klingen herstellen zu wollen und holte das Einverständnis der Forumsteilnehmer/innen dazu ein. Ziel des avisierten Telefonats solle sein, Möglichkeiten auszuloten, wie die gegenseitige nötige Transparenz künftig noch besser gesichert werden kann.

7. Verschiedenes

Herr Lingenauber bedankte sich herzlich bei Frau Bodenmeier und Frau Dr. Ernst für die Ermöglichung der Befahrung des Landwehrkanals für die interessierte Öffentlichkeit am Tag des offenen Denkmals und für ihr persönliches großes Engagement dabei. Sie möchten sein Dankeschön auch Herrn Scholz ausrichten. Er hoffe sehr auf eine Wiederholung im nächsten Jahr.

8. Verabschiedung

Um 21.55 bedankten die Mediatoren sich bei den Teilnehmer/innen, wünschten allen einen schönen Abend und schlossen die Sitzung.